

Die Halle monatlich bei vornehmlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts, halbjährlich 12.00 Mark, jährlich 24.00 Mark, nummer 13 Pf. Bestellungen werden von allen Zeitungsverkäufern angenommen. Am 1. Juli 1919...

Volke-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werden 8. Spalten, 24 mm breit, Millimeterhöhe oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet in unserer Preisliste. Anzeigen werden in allen Zeitungsverkäufsstellen an allen Zeitungsverkäufsstellen angenommen. Kellern die 92 mm bei Millimeterhöhe 60 Pf. anzeigen. Anzeigenhöhe 60 mm, 11 Uhr für die Sonntags- und 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheinungstag: 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts- und Druckereibüro: Große Promenade 19, Erbenhausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 433.

Halle, Dienstag, den 16. September.

1919.

Schleifung der Schuldverfestigungen?

Einigung zwischen Holland und Belgien?

WTB. Amsterdam, 15. September. (Drahtnachricht.) Dem 'Algemeen Handelsblad' melden 'Central News' aus Paris, daß die Möglichkeit bestehe, daß eine Übereinkunft zwischen den niederländischen und der belgischen Regierung erzielt werde. Belgischen Schiffen, auch Kriegsschiffen, soll freie Fahrt auf der Schelde zugesichert werden, alle niederländischen Beschlagnahmen, die jetzt von Belgien einbehalten, sollen gelöst werden.

Immer noch polnische Grenzüberfälle.

Berlin, 15. September. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Leipzig berichtet wird, ist es in Ober-Schlesien im allgemeinen ruhig, doch dauern die Grenzüberfälle von polnischer Seite im Kreis Pless an. Es erschienen Banden, die jenseit der Grenze aufgestellt werden. Sie rauben einheimischen Vieh und Getreide und schleppen es über die Grenze. Sämtlich nehmen sie auch die Einwohner mit.

Plünderungen und Anruhen.

Warschau, 15. September. (Privatelegramm.) Am Sonntagvormittag kam es zu Plünderungen verschiedener Geschäfte, besonders der Eismaschinen- und Konfektionsbranche, die am Nachmittag fortgesetzt wurden. Es wurde auf Polizeistationen geschossen und eine Handgranate gegen das Rathaus geworfen, wobei die Fenster der Polizeiwache zertrümmert wurden. Es wurde ein Sturm auf die Waage angeführt. Bei einem Aufruhr der Sicherheitskommission wurde auch ein einziger Schreckensfall beobachtet, wobei eine Person getötet und vier schwer verletzt wurden.

Anruhen in Marokko.

Paris, 15. September. (Eigene Drahtnachricht.) Die Times berichten aus Tanger: Das wichtigste Dorf des Stammes der Beni Ares, die sich den Spaniern unterworfen haben und dessen Bevölkerung nur den spanischen Behörden bekannt war, wurde am Sonntag von spanischen Truppen angegriffen. Die spanischen Polizisten im Dorf mußten fliehen. Die Aktion wurde weiter fortgesetzt, vertrieben die Rajasfamilien aus der Bevölkerung des Dorfes zahlreiche Granulatminen. Die verschleppten Frauen und Kinder wurden nach dem das Eigentum der Dorfbewohner mit. Am Sonntag selbst haben sie eine Garnison zurück.

Anruhen in Persien bevorstehend.

Berlin, 15. September. Der 'Lemos' schreibt: Der Oberst von der Armee wird am Montag eine Sitzung abhalten. Lord George wird ihr beizuhelfen und die Gelegenheit benutzen, einige der großen politischen Fragen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, durchzusprechen. Das gleiche Blatt will auch wissen, daß es sich bei den letzten Besprechungen zwischen Lord George und Clemenceau nicht darum handelt, ein Statut für die Bewand einseitig festzusetzen, sondern nur darum, die Zone festzulegen, die von England und Frankreich zusammen besetzt werden soll, um dort die Ordnung anzubahnen. Frankreich und England wollten also nur eine Beteiligung der ihnen im Orient anstehenden Verantwortlichkeiten vornehmen.

Nach einer Meldung aus Damaskus hat der Emir von Syrien am 12. September seinen Verzicht auf die Provinz von Aleppo abgegeben. Er erklärte, daß er die Provinz an die britische Regierung abgeben werde. Die Provinz von Aleppo ist ein Gebiet von 15 Millionen Schwarzen, die in den letzten Jahren von der Disposition angegriffen wurden.

Drohung mit einem Aufstand der Schwarzen in Amerika.

Genf, 15. September. (Eigene Drahtnachricht.) Der Ratin meldet aus New York: Monroe Trotter aus Boston, der vertrieben wurde, hat die schwarzen Rassen vor der Friedenskongressen größere Geltung zu verschaffen, erlangen vor der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten. Er verlangte eine Abänderung des Friedensvertrages und warnte ernstlich die Kommission, denn, wenn die Reger nicht die gleichen politischen und sozialen Rechte erhalten sollten, sei ein Aufstand von 15 Millionen Schwarzen der Vereinigten Staaten zu befürchten.

Befund in den französischen Kriegsgefangenenlagern.

WTB. Versailles, 14. Sept. Major Draudt, der dieser Tage in der Lage war, das englische Kriegsgefangenenlager bei Boulogne-sur-Mer zu besuchen, hat gestern unter Führung eines französischen Oberleutnants in der Gegend von Compiegne auch zwei französische Gefangenengruppen in der Gegend von Compiègne besucht. Der Eindruck, den Major Draudt empfing, war befriedigend, da die Kriegsgefangenen allgemein gut aussahen und erklärten, sie seien ansehnlich ernährt, Unterkunft den primitivsten Bedingungen des zerstörten Gebietes entsprechend. Es konnte erstensweise in einigen Fällen ein rein menschliches Verhältnis der Kriegsgefangenen zu der französischen Bevölkerung beobachtet werden. Die Verschleppung der Kriegsgefangenen liegt nach dem was zu wünschen übrig. Die schlechtesten Mängel an Unterbringung wurde französischerseits bemerkt. Bei dem Befund konnte ein schlechtes Interesse für die inmerpolitischen Bedürfnisse Deutschlands und der ersten Hälfte der Bevölkerung...

aufbau des Vaterlandes festgehalten werden. Die festliche Stimmung war ganz beherztig von der einen Frage: Wann kommen wir nach Hause?

Axelrod und Kadel werden freigegeben.

München, 15. September. (Eigene Drahtnachricht.) Die kommunistische Presse Zeitung schreibt: Der Reichsrichter Axelrod (der einer der Angeklagten im Kämpfer-Gesetzbuch ist) erhielt vom 14. September an mit folgendem Schreiben auf die Eingabe vom 4. September 1919: Die deutsche Regierung hat sich der russischen Sowjetregierung gegenüber bereit erklärt, Tobias Axelrod gegen die russische Polizei als Person frei zu lassen. Die russische Regierung hat sich bereit erklärt, die Auslieferung Axelrods mit dem gleichfalls geplanten Austausch Kadel zu verbinden und an der künftigen Front durchzuführen. Wegen der hierzu erforderlichen Durchsetzungslinien durch die russische Regierung ist der Austausch Axelrods mit Kadel in Verbindung getreten. Diese hat die Durchsetzungslinien für Axelrod und Kadel genehmigt. Axelrod ist, jedoch als Gegenleistung von der russischen Sowjetregierung die Auslieferung einer Anzahl künftiger Geiseln verlangt. Wegen Regelung dieser Frage steht das russische Amt jetzt in Verbindung mit der Sowjetregierung. Siewel. Unterzeichnet ist.

Schwere Folgen der Verschleppung des Friedensvertrages.

Köln, 15. September. (Eigene Drahtnachricht.) Holländisch Neuwiedern meldet aus New York: Der Chef der amerikanischen Friedensmitteilung D. D. Post ist am Sonntag in New York eingetroffen. Er erklärte, daß Europa endlich zur Wiedereröffnung der Arbeit bereit sei, um zu normalen Verhältnissen zu gelangen. Eine allgemeine Wiederherstellung der Ruhe sei aber nicht möglich, so lange der Frieden nicht überall anerkannt ist. Die Verschleppung des Abchlusses des Friedensvertrages habe schwere Folgen haben.

Südafrika ratifiziert den Friedensvertrag.

WTB. Amsterd., 15. Sept. (Drahtnachricht.) Das Pressebüro Radio meldet aus Kapstadt, daß der südafrikanische Senat den Friedensvertrag mit 90 gegen 5 Stimmen ratifiziert hat.

Nochmal die Besprechungen zwischen Lütten und v. Moltke.

Kopenhagen, 15. September. Die Zeitungen bringen ausführliche Auszüge aus den amtlichen Mitteilungen über die Gespräche zwischen dem Vertrauensmann des früheren Ministerpräsidenten Christensen, Hauptmann Lütten, und dem deutschen Generalstabsoffizier von Moltke in den Jahren 1908 und 1907. Die Mitteilungen enthalten auch ein längeres Schreiben Christensens an die Militärkommission des Reichstages vom 18. August d. S., in dem Christensen zu seiner Beteiligung unter anderem erklärte: Die Diskussion zu Lütten hat namentlich darauf hinaus, Moltke zu überzeugen, daß Dänemark politische Neutralität mit dem daraus sich ergebenden Folgen wünsche, und daß Dänemark Wert darauf legen würde, daß Deutschland öffentlich erklärt, diese Neutralität respektieren zu wollen. Ein Abkommen weitergehendem Inhalt, zum Beispiel eine Militärkonvention, würde man aus den in der Diskussion angeführten Gründen bedenklich finden. Diese Gründe sind der Beizweifel mit Moltke hätten. Die Mitteilungen enthalten auch ein Schreiben von Moltke an Lütten, in dem Moltke erklärt, daß er sich nicht vorstellen könne, daß diese Besprechungen nicht stattgefunden hätten. Es entspricht meiner Überzeugung, daß sie mehr als irgend etwas anderes dazu beitragen haben, daß unser Land nicht in den Krieg hineingezogen wurde. Gätte man in Deutschland 1914 die gleiche Auffassung gehabt wie vor 1901, so mühen wir sicher einen juchzenden Schall nicht entgangen. Es ist selbstverständlich, daß man auch die Stimmung auf englischer Seite untersteht, wenn dies möglich ist. Doch über werde aber, soweit mit bekannt, nichts niedergeschrieben. Jedoch erhalte wir die bestimmte Auffassung, daß England sich ebensowenig wie Deutschland davon konnte, daß Dänemark keine Neutralität durch Vertrag anerkennen werden könnte.

Die Diskussion zu Lütten hat namentlich darauf hinaus, Moltke zu überzeugen, daß Dänemark politische Neutralität mit dem daraus sich ergebenden Folgen wünsche, und daß Dänemark Wert darauf legen würde, daß Deutschland öffentlich erklärt, diese Neutralität respektieren zu wollen. Ein Abkommen weitergehendem Inhalt, zum Beispiel eine Militärkonvention, würde man aus den in der Diskussion angeführten Gründen bedenklich finden. Diese Gründe sind der Beizweifel mit Moltke hätten. Die Mitteilungen enthalten auch ein Schreiben von Moltke an Lütten, in dem Moltke erklärt, daß er sich nicht vorstellen könne, daß diese Besprechungen nicht stattgefunden hätten. Es entspricht meiner Überzeugung, daß sie mehr als irgend etwas anderes dazu beitragen haben, daß unser Land nicht in den Krieg hineingezogen wurde. Gätte man in Deutschland 1914 die gleiche Auffassung gehabt wie vor 1901, so mühen wir sicher einen juchzenden Schall nicht entgangen. Es ist selbstverständlich, daß man auch die Stimmung auf englischer Seite untersteht, wenn dies möglich ist. Doch über werde aber, soweit mit bekannt, nichts niedergeschrieben. Jedoch erhalte wir die bestimmte Auffassung, daß England sich ebensowenig wie Deutschland davon konnte, daß Dänemark keine Neutralität durch Vertrag anerkennen werden könnte.

Vom Kongress der französischen Sozialisten.

Berlin, 15. September. Der Refolutionsauschuß des außerordentlichen nationalen sozialistischen Kongresses beriet gestern nacht bis 3 Uhr und setzte vormittag 8 Uhr die Verhandlungen fort und beendete sie um 11 Uhr. Marcel Cachin eröffnete die Plenarsitzung und teilte mit, daß die Kommission für einen Einverständnis gelangt sei. Sie schloß dem Kongress folgende Tagesordnung vor: 'Der nationale Kongress, der von verschiedenen fröhenzeitlichen Delegierten über die Haltung von elf sozialistischen Deputierten erhalten hat, die zweimal die vor der bürgerlichen Regierung verlangten Kredite bewilligt haben, erinnert daran, daß die Verweigerung der Kredite einen geschlossenen Organisationsakt der gemeinsamen Erklärung der sozialistischen Organisations von 13. Januar 1915 ausmacht und deshalb auch die Grundlage der sozialistischen Einheit bilden muß. Der Kongress muß durch die Ratifizierung der Kredite, denen unter Ausbleib...

jeder besonderen und persönlichen Stellungnahme alle Genossen in voller Gewissensfreiheit zumutet und sich damit verpflichtet haben, der Partei ihre locale Unterbringung zu leisten. Die Wähler der Partei im Parlament bilden eine einheitliche Gruppe gegenüber allen politischen bürgerlichen Parteien. Die sozialistische Gruppe im Parlament muß der Regierung die Mittel der bürgerlichen Parteiheit und ihre Erhaltung in der Macht überlassen. Sie muß infolge dessen die mitzulegenden Kredite, die Kredite für koloniale Eroberungen, sowie das gesamte Budget ablehnen. Wenn während des Krieges aus Gründen der nationalen Verteidigung die Anwendung dieser Grundregeln ausgeschlossen ist, so ist ihre Gültigkeit sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes durch den Kongress neu zu bestimmen. Diese werden hergestellt worden. Die elf Deputierten der Partei, die trotz dieser Bestimmung die Kredite bewilligt haben, haben sich deshalb in schwerer Weise gegen die Parteidisciplin vergründet, und der Kongress hat sie deshalb, Er macht, daß die Einheit der Partei für die bürgerliche Parteiheit, die die Partei bewilligt hat, nicht selbst außerhalb der Partei steht. Jede Zuwiderhandlung wird als Vergehen gegen die Disziplin betrachtet und von der Parteileitung bestraft, der das Recht hat, die durch den in Frage kommenden Kongress bestimmten Ausschlußmaßnahmen zu ergreifen, die alsdann der betreffenden Fraktion und parlamentarischen Gruppe mitgeteilt werden unter Zustimmung, daß jeder davon Betroffene das Recht hat, dagegen zu appellieren, wie es die Statuten seiner Partei vorsehen. Der Kongress erklärt, daß dieser Befehl sich auf die Zustimmung zum Friedensvertrag, der durch den sozialistischen Ermächtigen nicht ratifiziert werden dürfte, bezieht.

Die Resolution erinnert alsdann an die Notwendigkeit einer strengen Disziplin, damit die sozialistische Aktion klar und vereint bleibe, und erwartet, daß die einzelnen Fraktionen bei der Auswahl von Kandidaten für die gezielten Wahlen, es als ihre Pflicht betrachten werden, die traditionellen sozialistischen Grundregeln beizubehalten, jedoch im Geiste der Toleranz und im Interesse der sozialistischen Einheit handeln werden. In Anbetracht dieser gebotenen doppelten Vorsicht rief der Kongress die Fraktionen, damit sie in voller Freiheit über den Inhalt der Statuten abstimmen dürfen, und die Kandidaten im Einklang mit dem Programm auszuwählen. Im Falle von Schwierigkeiten, die sich ergeben könnten, wird der Kongress dem Vertrauensmann Lütten, um zu vermitteln, um die Interessen der sozialistischen Einheit zu wahren. Der Kongress gibt außerdem dem Vertrauensmann den Auftrag, ein Manifest an die Arbeiter Frankreichs auszusenden, damit die notwendigen Einheiten erstellt werde, und damit alle sich im Geiste des Parteiprogramms unter Berücksichtigung der nationalen und internationalen Ereignisse der Stunde einigten.

Die Resolution wurde mit 1297 Stimmen angenommen. 490 Kongressmitglieder stimmten für die Tagesordnung, die den Ausschluß der Abgeordneten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben, verlangt.

Der Kongress stimmte alsdann im Grundbuch der Kommission zu, die ein kommunales Programm auszuarbeiten hat, ohne Kenntnis von diesem Programm genommen zu haben. Der Kongress beauftragte sich auch mit einem Antrag der unabhängigen deutschen Sozialdemokraten, die eine Zusammenkunft verlangen, um Erhebungen über die Ereignisse in Rußland anzustellen. Auf Antrag von Renaudet wird dieses Verlangen dem Verwalterauschuß zur Prüfung überwiesen.

Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet und es wurde geschlossen.

Scharfe Maßnahmen zur Abtretung von Wohnräumen.

WTB. Berlin, 15. September. (Drahtnachricht.) Der Magistrat kündigt scharfe Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel an, nachdem der von ihm erlassene Aufruf zur Abmeldung größerer Wohnungen für die Aufnahme von Familien und Ledigen ohne Erfolg geblieben ist.

Die Einlösung der verfallenen 50-Mark-Scheine.

WTB. Berlin, 15. September. (Drahtnachricht.) Das Reichsfinanzministerium erklärt bezüglich Bekanntmachung: Die Redeordnung betreffend Einziehung der Reichsschatknoten zu 50 Mark mit dem Datum vom 20. Oktober 1918 ist trotz der mehrfachen Veröffentlichungen durch die Presse noch vielfach unbekannt oder falsch verstanden worden. Diese 50-Mark-Scheine hatten bis zum 14. September die Eigenschaft als gültiges Zahlungsmittel, nach diesem Tage ist nun nach die Reichsfinanzminister auf Einlösung verpflichtet. Die Einlösungspflicht tritt erst ab dem 1. Januar 1920, so daß die diese Einziehung von der Reichsfinanzminister nicht überzogen zu werden braucht. Der Beführer solcher Noten stehen zur Einlösung unter dem Vorbehalt, daß die Hinterlegung unmittelbar an die Reichsfinanzminister, oder mittelbar durch die ihre Konten führenden Gelehrten, wie Bankgeschäfte, Postämter, Genossenschaften oder Gemeinde-Großbanken, soweit sie dazu bereit sind. In letzterem Falle werden die Noten angenommen und in größeren Werten einbezahlt. Die Scheine werden aus Bagatelldarstellungen befreit. Der Beführer werden aus Bagatelldarstellungen befreit. Ein Einbehalten ist bei reinem Interesse zu empfehlen, die Summe ihrer Reichsschatknoten von den Reichsfinanzminister anzugeben, an welche die Reichsfinanzminister den vollen Gegenwert ausbezahlt überweist. Unterbleiben diese Angaben, so erfolgt die Abtretung des Gegenwertes durch Zahlungsausweisung unter Vorbehalt des Vorbehalts. Die Einziehung einer Summe Reichsschatknoten ergibt sich, wenn von den eingelassenen Noten ein Betrag abgezogen wird, dessen...

Bestenfalls Namensunterstützung und Adressen, sowie mit der Annahme des einzulegenden Betrages beizufügen. Bei dem außerordentlichen Antrage ist zur Zeit auf umgehende Erledigung der schriftlichen Einlassungsanträge nicht zu rechnen.

Aus der demokratischen Bewegung.

In Falkenberg, Schmergendorf und Cösa haben sich bereits und erfolgreich verlaufene Versammlungen statt, in denen Herr Generalsekretär Dornblüth sprach. Die Ausführungen des Redners fanden überall vieler Beifall. Besonders wirkungsvoll gestaltete sich die Versammlung in Schmergendorf, da hier dem demokratischen Redner Gelegenheit geboten war, wiederholt die Anklagen eines „Unabhängigen“ zu widerlegen. Die recht interessante Aussprache wird dort dem demokratischen Gedanken neue Freunde gewonnen haben. Auch in Cösa war der Eindruck, den die Versammlung erzielte, ein für die Demokratische Partei recht befriedigender.

Halle und Umgebung.

Halle, den 16. September 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 15. September.

Am Vorsitzende die Stvo. Hennig, Dr. Keil und Ziegler.

Vorherr Hennig begrüßt die Stadtverordneten in dieser ersten Sitzung nach den Ferien. Dann bringt er eine Mitteilung des Magistrats zur Kenntnis, daß Herr Dr. Ziegler als heim. Magistrat zur Beschäftigung eingetrossen ist. In einer Eingabe des Zentralverbandes der Fleischer, Ortsverwaltung Halle, wird gewünscht, daß die Wirtsbereitung und die Schlachtungen in städtischer Regie ausgeführt werden. Die Eingabe wird dem Petitionsauschuß überwiehen.

Eine Eingabe des Angestelltenauschusses der städtischen Bureauhilfsarbeiter und -arbeitenden und des Verbandes von Staats- und Gemeinbearbeitern um Gewährung einer einmaligen Befehlshausbeihilfe wird zur Kenntnis genommen.

Dem Petitionsauschuß überwiehen wird eine Eingabe einer Frau W., bei der am 2. März bei einer Hausung anlässlich der Urnen-Gegenstände im Werte von 415 Mk. beschlagnahmt worden sind und die nun, da sie die Gegenstände nicht wiedererlangt hat, Ersatz beantragt.

Weiter bringt der Vorherr eine Anzahl Aufschriften zur Kenntnis. Der Thüringisch-Sächsisch. Geschichtsverein ladet zu einer Feier am 3. Oktober ein. Der Bürgerausschuß der Stadt Halle bittet um eine Unterstützung über die Beleuchtungs- und Heizmittelnote. Diese Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung besprochen werden.

Zur Denkschrift des Sächsischen Künstlerates verhält sich die Versammlung abwartend, bis der Magistrat sich damit beschäftigt hat.

Vom Deutschen Volkswirtschaftlichen Verband ist abermals eine Eingabe eingegangen, in der um Befreiung städtischer Stellen durch vollwirtschaftlich vorgedachte Leute gebeten wird.

Endlich wird eine Eingabe des Fruchtschusses der Bäcker und Konditoren um Bezahlung der Sitzungen dem Rechts- und Verwaltungsausschuß zugewiesen.

Zwei Dringlichkeitsanträge der Stvo. Mangold und Gensler (Dem.) und des Stvo. Wille (S. Fr.) werden zur Verhandlung nach Erledigung der Tagesordnung zurückgestellt.

Hierauf wird in die Beratungen eingetreten.

1. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt dem Erwerbe des Grundstücks Gemalung Beesen Friedr. 3 Nr. 140-46 von 76 Ar 60 Ma. zum Kaufpreise von 15 000 Mk. zu. Das Grundstück ist zwischen Metzgerberg Straße und Thüringer Bahn gelegen und bildet eine willkommene Ergänzung des Besizer Gutsbesitzes. Die Mittel für den Ankauf sind dem Erneuerungsfonds für das Besizer Gutsbesitzes zu entnehmen. — Berichtserfasser Stvo. Keil und (U. S. P.).

2. Ferner stimmen die Stadtverordneten dem in einem Angebot der Firma Casar & Vorey vom 24. Juni 1919 behandelten Austausch von Land an der Huttenstraße und Turmstraße zu. Der im Anschlag an eine Grundstückänderung vereinbarte Landtausch bringt dem städtischen wie dem Casar & Vorey'schen den Vorteil rechtswinkliger Grenzen an der Turmstraße. Darüber hinaus wird die Stadt ganz wesentlich in Bezug auf die Straßenausbaufosten entlastet. Die Kosten trägt die Handels-Gesellschaft Casar & Vorey. — Berichtserfasser Stvo. Ziem (U. S. P.).

3. Dem Erwerbe des Grundstücks Höhenpöhlenstraße 1 in Beesen wird zugestimmt. Das Grundstück scheinbar ist in die Betriebsanlagen des Wasserwerks ein. Ein Erwerb wird deshalb eine außerordentlich günstige Ergänzung und Abrundung des Wasserwerks bilden. Die Kaufpreisforderung hat der Eigentümer Friedrich nach langen Verhandlungen von 30 000 Mk. auf 12 000 Mk. ermäßigt. Dieser Preis ist als sehr günstig für die Stadt zu bezeichnen. Die Kosten sind dem Erneuerungsfonds der Gas- und Wasserwerke zu entnehmen. — Berichtserfasser Stvo. Halle (Dem.).

4. Dieser Punkt kann nicht verhandelt werden, da der Anschlag hierüber noch nicht beraten hat.

5. Landverkauf an der Metzgerberg Straße. Hierüber berichten die Stvo. Keil und (U. S. P.) und Bödmer (U. S. P.). Wir haben den Inhalt der Vorlage, bei der es sich um große einbeifliche Siedelungen an der Metzgerberg Straße handelt, bereits mitgeteilt. Seine Berichtserfasser beantwortet die Vorlage.

Stvo. Hildebrandt (U. S. P.) erklärt namens seiner Fraktion die Zustimmung zu dieser Vorlage, da vom Hausbauauschuss in § 5 Absatz 9 der Satzung vorgesehen ist, „bis zur vollständigen Tilgung des Darlehens“, so daß der Bauereigentümer verpflichtet bleibt, von den Wohnungen stets mindestens den fünften Teil an städtische Arbeiter oder Unterebene oder sonstige unbemittelte Einwohner, insbesondere Hindereiche Familien, zu vermieten. Auf keinen Fall darf aber das Eigentumsrecht der Stadt ausgeübt werden. Deshalb wird meine Partei in Zukunft ihre Zustimmung vom Verlaufe städtischen Grund und Bodens verhalten. Ich beantrage, dem § 13 des Vertrages einen Absatz 5 anzufügen: „In allen Fällen hat zunächst die Stadtgemeinde das Vorkaufsrecht. Weiter beantrage ich die Streichung des letzten Absatzes von § 9.“

Stadtrat Dr. Rinne weist darauf hin, daß das Vorkaufsrecht der Stadt in § 10 vollständig geregelt ist.

Die Stvo. Keil und Dürfeld (siehe S. Fr.) erklären sich unter Hinweis darauf, daß es sich nicht um Privatpersonen, sondern um gemeinnützige Genossenschaften handelt, mit der Magistratsvorlage einverstanden, die unter Absehung der Hildebrandtschen Anträge angenommen wird.

6. Die Stadtverordneten genehmigen, daß für die pädagogisch-wissenschaftlichen Fortbildungskurse der Sächsischen Lehrerkammer im Winter 1919/20 ein Beitrag bis zu 600 Mk. aus XXIV 14 gezahlt wird, wenn die Hörgelöhnen zur Vergütung der Vortragenden nicht ausreichen und nicht mehr als 300 Mk. für eine Reihe von sechs bis acht Vorträgen gezahlt werden. — Berichtserfasser Stvo. Basse (Dem. Fr.).

7. Bewilligt werden der Witwe des am 29. Juli 1919 an Geschlechtskrankheiten verstorbenen Ehegatten Heinrich vom 30. Juni 1919 ab jährlich 551,96 Mk. unter der Bedingung der Vorbehalte übertraglichen Widerrufs. — Berichtserfasser Stvo. Graefe (U. S. P.).

8. Ebenfalls der Witwe des am 9. Februar 1919 an Grippe verstorbenen Stadthausmangelführers Jagelle vom 20. Februar 1919 ab jährlich 388,22 Mk. Witwenlohn unter dem Vorbehalte übertraglichen Widerrufs. — Berichtserfasser Stvo. Graefe.

9. Die Versammlung beschließt, den Beginn des Besoldungsorientalters des Friedrichsverwalters Johannes Bouch am 1. April 1914 festzusetzen. Auf die mit Wirkung vom 30. Januar 1919, dem Tage der planmäßigen Anstellung des Genannten, eintretende Dienstlohnzulage ist an Bouch für die Zeit bis zum 31. März 1920 ein Betrag von 205 Mk. zu zahlen. Dieser Betrag gegenüber den bereitgestellten Mitteln des Haushaltsplans ist dem Kapitel XXIV. 14 des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 zu entnehmen. — Berichtserfasser Stvo. Dürfeld (S. Fr.).

10. Erhöhung von Dienstaufwandsgeld. Den Kriminalpolizeibeamten, soweit sie nach dem Haushaltsplan Dienstaufwandsgeld begehren, und den zur Kriminalpolizei kommandierten Polizeiwachmännern wird das zustehende Dienstaufwandsgeld für das laufende Rechnungsjahr um je 100 Mk. (Kommissar) bzw. 200 Mk. (Wachmann) unter Anrechnung der bereits gezahlten Beträge erhöht. Die Mehrkosten gegenüber dem Etatsjahre betragen etwa 7800 Mk., diese sind unter Lebenszeit aus den der Etatspositionen zu entnehmen. — Berichtserfasser Stvo. Graefe (Dem.).

11. Die durch Gemeindefiskus festgesetzten Zuschläge zu den Reisekosten und die für die 15 Überwachungs nach dem Ortsstatut bestehenden Sätze sollen vorübergehend einer späteren endgültigen Regelung dieser Sätze um 7 Mk. gleichmäßig bei den Reisetkosten, um 6 Mk. für jedes Überwachungs und um nach § 3 für das Überwachungs in Berlin erhöht werden. Die Mehrkosten sind nicht mehr dem Kriegsfonds zu entnehmen, sondern aus den betr. Etatspositionen, nötigenfalls unter deren Lebenszeit, zu bestreiten. Der Berichtserfasser Stvo. Keil und (U. S. P.) befragt die Anträge.

Stvo. Günter (U. S. P.): Die Sätze müßten für alle gleich sein.

Bürgermeister Seydel: Wir haben davon abgesehen, jeht zu reformieren, weil wir nicht wissen, wie sich die Geldverhältnisse gestalten werden.

Stvo. Hildebrandt (U. S. P.): Wir möchten bald eine Vorlage auf demokratischer Grundlage erbitten.

Die Magistratsvorlage wird angenommen. 12. Gleich dem Magistrat beschließt die Versammlung, den Ertrag der Warenhaussteuer, der sich mit Schluß des Rechnungsjahres 1918 auf 64 151,62 Mk. beläuft, in der Weise zu verwenden, daß den für das Rechnungsjahr 1919 zu 4, 8 und 12 Mk. staatlicher Gewerbesteuer voranlegend Steuerpflichtigen die volle Jahressteuer und den zu 16 Mk. staatlicher Gewerbesteuer vrananlegend Steuerpflichtigen die Hälfte der Gemeinde-Gewerbesteuer erlassen wird. — Berichtserfasser Stvo. Ritter (Dem.).

13. Zur Bedung des bei der Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung im Rechnungsjahr 1918 entstandenen Höchstbetrages zu werden 923,54 Mk. aus der zur Verfügung der städtischen Körperschaften stehenden Etatsposition des Hauptstadts für 1919 bewilligt. — Berichtserfasser Stvo. Wäsche (S. Fr.).

14. Die Versammlung genehmigt den vorgelegten Abschluß des Elektrizitätswerkes für das Rechnungsjahr 1918 und bewilligt die Etatsüberschreitungen in Höhe von 241 857,62 Mk., die aus den Einnahmen des Rechnungsjahres 1918 bereits gedeckt sind, nach. — Berichtserfasser Stvo. Georg (Dem.).

15. Ueber ein Gelübde eines Herrn Karl Heinrich um Rückgängigmachung eines Beschlusses des Mitteilungsamtes berichtet Stvo. Sarger (Dem.), der namens des Petitionsauschusses Überlegung zur Tagesordnung empfiehlt, weil die Versammlung hierzu nicht zuständig ist. — Hierbei heißt es noch hervor, daß der Petitionsauschuß künftig sagen möge, daß die Eingabe abgelehnt werden ist um für die Betreffenden die Sache rechtskräftig zu machen.

16. Den gleichen Erfolg hat eine Eingabe des Herrn Joh. Janda, in Ga. E. Janda, hier, wegen Abänderung der Bestimmungen in Bezug auf die Lieferung der Kohlen an die Vorbauwer. Hierüber berichtet Stvo. Jentsch (U. S. P.).

17. Dagegen wird eine Beschwerde der Metallwarenfabrik Kurt Rixenberg wegen der Zurückziehung der Erlaubnis zur Ausführung von elektrischen Anlagen im Anschlag an das städtische Elektrizitätswerk an den Magistrat als Material überwiehen, damit dieser die Sache nochmals prüfe. — Berichtserfasser Stvo. Dr. Carlson (Dem.).

18. Ferner wird ein Gelübde des Mannes Herrn Karl Sommer um Anstellung als Baukonstruktionsingenieur an der Magistrat überwiehen, um zu prüfen, ob Herr Sommer sonstwie verwendet werden kann. — Berichtserfasser Stvo. Bülle (Dem.).

19. Ein Gelübde der Frau Marie Steuer, hier, um anderweitige Verwendung des Witwen- und Waisengeldes wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt. — Berichtserfasser Stvo. Gezig (S. P.).

Der Petitionsauschuß hat beantragt, daß ihm für die Erledigung der Eingabe des früheren Feuerwehrmannes Kirchner dessen Personaldaten zur Entschädigung vorgelegt werden. Die Versammlung beschließt entsprechend.

Hierauf beschließt die Versammlung einstimmig die Dringlichkeit für folgenden Antrag des Stvo. Mangold (Dem.) und Gensler: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, durch besonders dringliche Vorkellungen bei den Reichsbehörden auf eine Befreiung unserer Fleischer- und Metzgerzucht, die jetzt unzulässig ist, hinzuwirken.

Zur Begründung dieses Antrages führt Stvo. Mangold als Antragsteller u. a. aus: Vor etwa vier Wochen haben wir uns bereits mit der Fleischversorgung beschäftigt und es sind uns da mangelnde Zuführungen gemacht worden. Es war auch gelungen, einmal festliches Fleisch zu verteilen. Aber dann war es wieder am Ende. Die Verteilung von Schlachtkühen ist wieder eingestellt, wir sind wieder auf 2, 5, 7, 9 Rinder die Woche gekommen. Es lönte noch sehr eine bessere Verteilung stattfinden. Unsere fleischliebenden Provinzialen werden besser mit Fleisch versorgt als Halle. In Süddeutschland ist die Verteilung überhaupt eine andere. Der Redner knüpft hieran eine obflüchtige Kritik der Viehhandelsverbände. In drei Jahren sind 10 1/2 Mill. Rinder geschlachtet worden, 2 Millionen mehr als im Frieden. Von den 4 Millionen jährlich geschlachteten Rälfern sind nur 2 1/2 Millionen von der Rationierung erspart worden, während anderseits Millionen Rälfer im Schlachthandel verschwinden sind. Ebenso ist es mit den Schafen. Ferner ist eine beträchtliche Gemütsverminderung beim Schlachtkühefleisch gewesen, die bei den Schweinen bis zu 24 Prozent beträgt. Die Gebühre der Viehhandelsverbände sollten nur 1/2 Prozent betragen, aber man ist bei den Rindern bis auf 7 Prozent, bei Lämmling bis auf 10 Prozent gekommen. Die Spesen sind durch die Viehhandelsverbände viel größer geworden, als sie früher im freien Handel waren. Auch die Gewinnsverhältnisse beim Fleisch sind höher als früher, obwohl der Gemütsverlust bei den Tanten. Das heißt, wenn die Preise der Rälfer in der Höhe sind, so ist die Fleischpreisbildung nicht zu denuten. Näherlich bedarf es der Lieferung von 2 Mill. Rindern, 2 Mill. Rälfern, 800 000 Schweinen und 600 000 Schafen, um das festliche Kontingent zu bestreiten. Es wäre zu ermägen, daß wir die Verteilung wie in Süddeutschland vornehmen, wo auf Bezugsstellen das Schlachtkühe verteilt wird. In Süddeutschland ist man ganz gut damit gefahren. Die Verteilung erfolgt dort unter Kontrolle der Gemeinde oder des Kreises. Auch in Westpreußen ist in einem Kreise die Freizuge der Verteilung erfolgt worden, indem sich die Fleischer zu einer Genossenschaft zusammengelassen haben, die unter Ueberwachung die Verteilung vornimmt.

Die Viehhandelsverbände haben abgewirtschaftet.

Wie wir früher verjagten kleinen Städte müssen auch die großen Städte etwas Fleisch bekommen können. Geteilt werden vielfach nach dem Auslande abgegeben, besonders aber nach Belgien und Holland. Darauf muß die Reichsregierung besonders aufmerkamt gemacht werden. Ferner müßten die Hauschlachtungen freigegeben werden, damit mehr Schweine gemäht werden. Der Zwang muß eine Milderung erfahren. Bei der Reichsregierung sollten entsprechende Vorstöße gemacht werden. Die Rälfer sind ganz unzulänglich. Unter Zuchtanstalt ist doch kein Fleisch angelegt wird. Die Preise für Schlachtkühe stehen in gar keinem Einklang mit den Preisen für Rälfer und mit der ganzen Produktion. Die Versorgung mit Auslandsfleisch erfolgt durch den Großhandel. Und so kommt es, daß auch der ausländische Speck beim Großhändler lagert, daß die Lagerung in den hierfür eingerichteten großen Kühlräumen des Schlachthofes erfolgt. Während beim Großhändler die Unterladung des Fleisches sehr lange dauert, würde sie im Schlachthofe, wo die geeigneten Tierärzte und Reineinschauer vorhanden sind, viel schneller vor sich gehen. Es darf auch nicht vorkommen, daß, wie es zuletzt geschah, es nur „Rade“ ausgegeben wird. Die Lagerung beim Großhändler ist durchaus zu beanstanden. (Beifall.) Stvo. Bunde (Dem.): Wir haben den ausländischen Speck in einem Zustande bekommen, daß er wirklich gesundheits-schädlich gewirkt hat. Es ist mir um ernstlichen Krankheits-erscheinungen berichtet worden. Und eine Fleischüberfrau soll nach reichlichem Genuß rohen Speckes sogar gestorben sein. Leider waren Bestimmungen hierüber nicht mehr möglich. Nachdem wir heute gehört haben, daß der Speck längere Zeit beim Großhändler lagerte und dann zur Verteilung gekommen ist, so ist das nicht verwunderlich. Es wäre sehr viel besser, wenn der Speck aus dem Schlachthofe lagerte. Ich möchte bitten, daß der Sache energisch nachgegangen wird, daß die Lagerung und Verteilung nach gesundheitlichen Grundsätzen erfolgt.

Stvo. Halle (Dem.): Wir haben wieder wahnehmen müssen, daß die Stadt Halle hinsichtlich der Fleischversorgung an letzter Stelle marschiert.

Wir fordern gleiches Recht für alle!

Wir wollen es uns nicht gefallen lassen, daß Halle wieder an die letzte Stelle gedrückt wird. Wir müssen einmal recht deutlich nach Berlin werden. Wir müssen zeigen, das und das haben wir in der letzten Zeit bekommen, aber vielmehr nicht bekommen. Das Auslandsfleisch ist so loschaffen, daß es gesundheits-schädlich wirkt. Man trägt mindestens ein gutes Hefterscheit davon. Der Magistrat ist wegen besserer Fleischversorgung vorzüglich geworden, aber Berlin läßt in dem Eingehen auf unsere Forderungen immer wieder nach. In anderen Städten ist eine bessere amtliche Fleischer- und Metzgerzucht. Es wird doch nicht überall Margarine gegeben. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch nach Halle einmal Butter kommt. Gegen die

unheimlich heimlichen Schlachtungen

müssen wir Front machen. Wir müssen zusehen, daß wir zu unserem Rechte kommen mit Fleisch und Butter. Wir müssen auch einmal an unsere Verrechnungen in der National- und der Landesversammlung herangehen. Die Kriegsgesellschaften sind doch nicht im Geheh verankert.

Stadtrat Dr. Rinne: Ich kann den Vorrednern nur dankbar sein, wenn sie uns in unseren Bestrebungen, die Fleischversorgung zu bessern, unterstützen. Von der Provinzialstelle ist uns keine Hoffnung auf Besserung gemacht worden. Alle Vorstellungen sind wirkungslos verhallt. Deshalb ist es erfreulich, daß Sie uns Gelegenheit geben uns auf die Stimmung in der Bevölkerung berufen zu können. Wir haben auch häufig Vorkellung dagegen erhoben, daß die Eingabe von Speck durch den Großhandel erfolgt.

Stvo. Günter (U. S. P.): Es ist allsehrwünscht, daß meine Partei grundsätzlich dem Antrage zustimmt. Butter kennen wir kaum, bei Fleisch ist es dasselbe. Da muß doch einmal der Gebuldsboden reifen. Geben Sie uns das nötige Maß, der Kreiterat wird Ihnen sein Möglichstes tun. Ich schließe mich der Scharfmehrerei gerne an. Stvo. Bunde (Dem.) macht einige Ausführungen über die Befreiung des Auslandsfleisches durch Laugenschlag, die zu Vergiftungserscheinungen Anlaß gibt.

Stvo. Hildebrandt (U. S. P.): Es ist doch merkwürdig, wie man es versteht, in einen Antrag auch Sonderverteile hinein-

